anderen Intereffen unterordnen muffen. Aber ein folches Etwas ift ber Staat nicht, fein Zweck und feine Aufgabe besteht barin, bem Bolke jene Ordnung und jene Bedingungen zu schaffen und zu erhalten, ohne welche eine civilifierte Gefellichaft nicht möglich ware. Und zu diesen Bedingungen gehört auch das Vertrauen auf die Gewiffenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit berer, welche burch ihre Ausfagen por Gericht zum endlichen Urtheilsspruche beitragen, wodurch über die Ehre, das Eigenthum, die Freiheit oder gar über das Leben des Angeklagten entschieden wird. Dieses Bertrauen aber wird untergraben, wenn ber Staat auch die Atheisten zum Gide gulafst ober nöthiget; denn dadurch wird, wie schon gesagt, der Ernst und die Beiligkeit des Gides überhaupt geschäbigt. Plato erklart in seiner Schrift De republica die Atheisten für dem Gemeinwohle am meisten gefährliche und der Todesstrafe würdige Menschen. Wir urtheilen nicht so strenge, glauben aber, dass es im Interesse der Gesellichaft und aller anftändigen Menschen gehandelt ware, wenn unsere Berichtsordnung nicht nur von jeder Eidesleiftung, sondern auch von ber Zeugenschaft vor Gericht jeden Menschen ausschlösse, der sich nicht schämt, sich öffentlich als Atheist zu erklären. Gin sich als Atheist Erklärender verdient feinen Glauben und verliert das Recht, für einen anftändigen Menschen gehalten zu werden; benn die Quelle. aus welcher diefer Unglaube entspringt, ift eine berartige moralische Berkommenheit, dafs fie nothwendig aus den Reihen anständiger Menschen jeden ausschließt, der in sie verfallen ift.

Budweis.

Dr. Anton Skoedopole, Ehrendomherr und Professor.

VII. (Che-Dispensgrunde.) Im IV. Heft des 46. Jahrganges Seite 964 dieser Zeitschrift wird auf zwei von den Che-Dispensgründen, welche von der S. C. de propag. fide d. d. 19. Mai 1877 in 16 Rummern zusammengefaset find, besonders aufmerksam gemacht. Es find bies: Rr. 11: Die Gefahr ber Gingehung einer gemischten Che oder der Cheschließung vor einem akatholischen Minister. Dr. 13: Die Gefahr, dass fich die Brautleute bloß mit der Civilehe begnügen. Beim ersten Fall wird ausdrücklich bemerkt, dass die genannte Gefahr auch zur Dispensation in näheren Verwandtschaftsgraden berechtigt, sowie, dass dieselbe allein zur Bewilligung ber Dispens genügt. — Da der Pfarrer oft in Verlegenheit ift, Dispensgrunde zu finden, und es auch recht unangenehm empfunden wird, wenn Dispensgesuche als ungenügend begründet zurückgesandt werden: so liegt die Bersuchung nahe, von oben angegebenen sicher wirkenden Dispensgründen soviel wie möglich Gebrauch zu machen. Das fann aber auch die Ungiltigkeit von Ghen zur Folge haben, wie folgender Fall beweist: In einer preußischen Diöcese wurde vor einiger Zeit in einem Dorfe mit ungemischt fatholischer Bevölkerung ein neuer Pfarrer angestellt. Er fah sich nun die Acten feines berftorbenen Amtsvorgängers an und fand, bafs in ber Gemeinde auffallend viele Chen unter Verwandten geschlossen worden waren. Die Dispensation war immer begründet mit periculum perversionis. Dies fam bem neuen Pfarrer boch etwas fonderbar vor. Er ließ fich beshalb einige von den dispensierten Chemannern fommen und fragte fie, was fie gethan haben wurden, wenn die Dispens verweigert worden ware. Aus der Antwort ergab fich mit Evidenz. dass die Betreffenden gar nicht an die Möglichkeit gedacht hatten, zu dem übrigens nicht so nabe wohnenden protestantischen Brediger zu geben, und dafs fie bei Berweigerung der Dispens fich einfach gefügt und eine andere Braut gesucht hatten; "benn es waren heut-Butage doch Madchen in Ueberflufs, die gern einen Mann hatten." Aus den Verhältniffen des Ortes ergab fich ebenfo klar, dafs von einem periculum perversionis nicht die Rede sein konnte. Der Pfarrer berichtete über die Angelegenheit ans Generalvicariat, und es wurde entschieden, dass die sanatio in radice nachgesucht werden muffe. Professor Dr. Lingen. Düsseldorf.

VIII. (Nomina sunt odiosa - im Cheaufgebot!) "Zum heiligen Sacramente ber Ehe haben fich versprochen: Titus Andronifus, ehelicher Sohn des Gajus Andronifus und der Flavia Andronika, geboren 2c. 2c." so hatte ahnungslos der Herr Pfarrer verfündet. Da erhebt Titus Andronikus beim Bfarramte Ginsprache und droht auch zugleich mit der Klage an die staatliche Behörde wegen Anführung ber Namen feiner Eltern; biefe hatten vor vielen Jahren eine gerichtliche Abstrafung erlitten und waren auch sonft übel beleumundet: Bergessenheit hat darüber den Mantel gebreitet, Titus ift fehr angesehen in ber Gemeinde und empfindet daher bie Nennung feiner Eltern bitter; er ftutt fein mit ber Rlageandrohung geharnischtes Begehren auf § 70 des allg. bürgerl. Gesethuches: "Das Aufgebot besteht in der Verkündigung der bevorstehenden She mit Anführung des Vornamens, Familien-Ramens, Geburtkortes, Standes und Wohnortes beiber Berlobten, mit ber Erinnerung, dafs jedermann, dem ein Sindernis 2c." Im Gefete geschehe ber Rennung der Eltern feine Erwähnung, alfo durfe auch der Briefter sie nicht anführen. Der Bfarrer beruft sich auf ben in seiner und gewiss vielen anderen Diöcesen herrschenden Gebrauch, die Berfündigung regelmäßig mit Anführung der Eltern zu vollziehen —

Indem das Gesetz vorschreibt, was die Verkündigung enthalten müsse, schließt es nicht aus, dass zur größeren Sicherheit und Bestimmtheit noch mehr genannt werde. Allerdings kann in gewissen Fällen die Beschränkung auf das Nothwendige eine zarte Rücksicht sein. In der Ministerial-Verordnung vom 1. Juli 1868, Nr. 80 R.-G.-Vl., zum Urt. II des Ehegesetzes vom 25. Mai 1868, Nr. 47 R.-G.-Bl. werden genau die Rubriken, die das "Aufgebotsbuch"